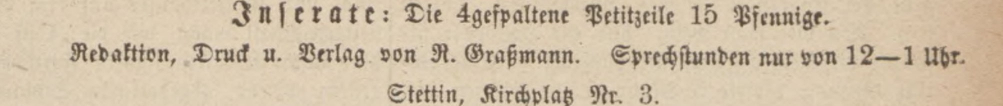
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 1. Februar 1881. Nr. 52.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Februar und März für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 34 Pf. Bestellungen nehmeu alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom 31. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertische: Bitter, Dr. Lucius, Maybach, Dr. Friedberg und mehrere Kommissarien.

Tagesordnung:

Dritte Berathung des Etats in Verbindung mit der dritten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend den dauernden Erlaß an Klassen- und klassifizirter Einkommensteuer, sowie die Ueberweisung von Steuerbeträgen an die hohenzollernschen Lande.

In der allgemeinen Besprechung erklärt sich Abg. Grumbrecht gegen die Bewilligung des Steuererlasses. Durch denselben werde Unordnung in unsere Finanzverhältnisse gebracht werden, er würde aber auch ein Hauptthinderniß für die Steuerreform bilden. Eine Erleichterung des Steuerdruckes könne nur vom Reiche ausgehen. Es sei ganz falsch, in dem Augenblicke, wo man neue Steuern erläßt, zugleich für neuen Ersatz derselben durch neue Steuern zu sorgen. Da Sie aber, schließt Redner, das Gesetz in Betreff des Steuererlasses annehmen wollen, so kann die Minorität nur wünschen, daß Sie es möglichst bald wieder aufheben.

Abg. v. Meyer-Arnswalde erklärt sich sowohl gegen den dauernden, als auch gegen den einmaligen Steuererlaß. So lange der Etat noch ein Defizit nachweise, könne er einem solchen Steuererlaß nicht zustimmen. Auch der Einwand, daß das Defizit durch rentable Ausgaben im Extraordinarium entstehe, treffe nicht zu, denn Wassermeliorationen seien nicht rentabel. Er für seine Person würde sich höchstens zu einem Amendement verstanden haben, daß die Tagelöhnerfamilien von der Klassensteuer vollständig befreit. Redner bemängelt namentlich die Sprünge in den Klassensteuerstufen; das Klassensteuergesetz sei nach dieser Richtung hin im hohen Grade reformbedürftig. Jetzt werde wieder etwas in das Gesetz hineingebracht, was sich in der Praxis nich. bewähren werde.

Abg. Rickert erklärt sich mit dem Vorredner in vielen Punkten einverstanden, wie ihm denn überhaupt der Konservatismus des Herrn von Meyer verständlich sei. Für die konservativen Ideen der Herren von Rauchhaupt und von Minnigerode fehle ihm dagegen jedes Verständniß. Die Aeußerungen des Herrn von Meyer ließen darauf schließen, welche schweren Kämpfe die Steuerreform des Herrn von Rauchhaupt in der Fraktion zu erleiden habe, namentlich die Grundsteuer-Entschädigungsfrage sei der Knüppel, welcher in das Programm hineingebracht zu sein scheint. Die Steuerreform der Herren Konservativen werde also wohl nicht so bald zu Stande kommen. Im Uebrigen erkenne er an, daß die gegenwärtige Scala in der Klassensteuer einer Veränderung bedürftig ist, aber man könne sich in diesem Augenblick nicht auf eine organische Gesetzgebung mit dem Herrn Finanzminister einlassen. Die liberale Partei habe das Klassensteuergesetz eben so bekämpft, wie Herr von Meyer, sie mußte es aber acceptiren, weil sie nichts Besseres bekommen konnte. Herr von Meyer meint, man könne nicht für den Steuererlaß stimmen, so lange noch ein Defizit vorhanden sei. Das sei allerdings buchmäßig richtig. Einem solchen Praktiker, wie Herrn von Meyer, würde aber doch das geschriebene Wort nicht so sehr imponiren, daß er deshalb gegen den Steuererlaß stimmen müßte. Der Herr Finanzminister habe bereits einen sehr respektablen Ueberschuß herausgerechnet. Wenn dieser Ueberschuß da ist, dann würde die hier eingeschriebene Anleihe nicht aufgenommen, sondern durch den Ueberschuß gedeckt.

Abg. Frhr. v. Zedlitz-Neukirch (Berlin) bleibt dabei, daß die Reichsorgane nicht versprochen haben, daß die Ueberschüsse aus den Reichssteuern zu Steuererlassen Verwendung finden sollten. Redner erklärt sich im Uebrigen gegen den Steuererlaß. Die Ueberschüsse des laufenden Jahres würden auch vom laufenden Jahre absorbirt, da doch bekanntlich in dieser Höhe ebenfalls eine Anleihe vorgesehen sei. Es seien also keine Mittel für den Steuererlaß vorhanden. Auch sei er der Meinung, daß die arbeitende Bevölkerung von der direkten Besteuerung vollständig frei gemacht werden müsse. Dieser Punkt sei in dem Reformprojekt des Herrn von Rauchhaupt gänzlich unbeachtet geblieben. Er und seine Freunde wollten die Steuerreform des Kanzlers mit allen Mitteln fördern, aber gerade deshalb müßten sie gegen den Steuererlaß stimmen, denn dieser bilde ein wesentliches Hinderniß für die Steuerreform. Redner nimmt die „Provinzial-Korrespondenz“ gegen die Angriffe der liberalen Redner in Schutz. Die Auslassungen des offiziösen Blattes seien mindestens entschuldbar gegenüber der Erklärung des Abg. Hänel im sechsten Berliner Wahlkreise, daß nämlich der Fortschrittsantrag auf dauernden Steuererlaß nur ein taktischer sei, um sich bei der Wahlparole nicht von der Regierung überholen zu lassen.

Abg. Rickert polemisirt gegen die Ausführungen des Vorredners.

Abg. Frhr. v. Minnigerode betont, daß die Aeußerungen des Abg. v. Meyer wesentlich einen isolirten Standpunkt innerhalb der konservativen Partei vertreten. Wenn der Abg. Rickert den Abg. v. Meyer als hochkonservativ gepriesen, so müsse er doch darauf aufmerksam machen, daß die Mehrzahl der Altkonservativen mit ihm sich in Uebereinstimmung befinde. Dem Abg. von Zedlitz erwidert Redner, daß auch die konservative Partei die Steuerreform des Kanzlers fördern wolle, daß aber der Steuererlaß dieser Absicht nicht entgegensteht.

Die Diskussion wird geschlossen.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird in die Spezialdiskussion des Steuererlaßgesetzes eingetreten, dasselbe nach den Beschlüssen der zweiten Lesung definitiv genehmigt und sodann in die dritte Berathung des Etats eingetreten.

Ohne erhebliche Debatte werden die Etats der direkten und indirekten Steuern, der Lotterie-, Seehandlungs-, Münz-Verwaltung genehmigt.

Bei dem Etat der Bergwerksverwaltung fragt der Abg. Rickert an, wie es mit dem Verbot des „Neunkirchener Tageblattes“ in den fiskalischen Bergwerken stehe, das Verbot solle innerhalb der Gruben noch aufrecht erhalten sein.

Minister für öffentliche Arbeiten Maybach: Er habe an die Bergwerks- und Eisenbahnverwaltung im Saargebiet einen Erlaß ergehen lassen, der dieselben anweise, keine polizeilichen Funktionen gegenüber den sozialdemokratischen Agitationen auszuüben, sondern diese den Landespolizeibehörden zu überlassen, letzteren jedoch jede Unterstützung zu gewähren. Im Weiteren habe der Erlaß es für wünschenswerth erklärt, daß öffentliche Blätter ohne Unterschied der Parteifarbe von den Arbeitsstellen ferngehalten würden. Der Minister glaubt im Einverständniß mit dem Minister des Innern vollständig loyal gehandelt zu haben.

Abg. Rickert erkennt letzteres an und hofft, der Herr Minister werde weitere Beschwerden in derselben Sache ebenso behandeln.

Der Etat der Berg- und Hüttenverwaltung wird genehmigt.

Beim Etat der Eisenbahnverwaltung beantragt der Abg. Büchtemann: Den Kategorien der Billetdrucker, Kassendiener, Portiers, Weichensteller, Brückenwärter, Bahnwärter, Magazin- und Nachtwächter, Heizer, Maschinenwärter, Bremser und Schmierer auch ferner die Beamtenqualität zu belassen.

Abg. v. Tiedemann ersucht als Referent über diesen Antrag in der Budgetkommission, denselben abzulehnen, da die Sicherheit dieser Beamten in finanzieller Hinsicht auch ohne ihre Beamtenqualität vollständig gesichert sei, jedenfalls sei es aber gerade wünschenswerth, eine recht große Disziplinargewalt über diese Subalternbeamten ausüben zu können; da auch von einem politischen Hintergrunde nicht die Rede sein könne, bitte er den Antrag abzulehnen.

Reg.-Komm. Geh. Reg.-Rath Brefeld erklärt sich ebenfalls gegen diesen Antrag, da bei allen Verwaltungen diese Beamten anders als auf Kündigung angestellt seien, außerdem seien diese Beamten bei keiner Eisenbahn-Verwaltung so günstig gestellt, als bei den preußischen Staatsbahnen.

An der weiteren Debatte betheiligen sich noch die Abgg. Büchtemann, Dr. Windthorst, sowie der Reg.-Komm. Geh. Reg.-Rath Brefeld, Richter; letzterer beschwert sich, daß den Eisenbahnbeamten untersagt sei, literarische Arbeiten ohne Genehmigung der Direktion veröffentlichen zu dürfen.

Minister für öffentliche Arbeiten Maybach führt aus, daß bis 1872 dieser Beamtenstand nur auf Kündigung angestellt gewesen sei, die Staatsbahnen behandelten diese Kategorien viel besser als die Privatbahnen. Was die literarischen Arbeiten der Beamten angehe, so sei eine Verordnung im Interesse der Disziplin und des Dienstes ergangen, daß alle solche Arbeiten, welche sich auf die Leitung der Eisenbahnangelegenheiten im Allgemeinen beziehen, dem Minister erst vorgelegt werden sollten. Er werde jeder Agitation, die auf Lockerung der Disziplin in dieser wichtigen Beamtenkategorie gerichtet sei, energisch entgegentreten. (Beifall.)

Abg. Freiherr v. Minnigerode: Die Budgetkommission sei der Meinung gewesen, den vorjährigen Beschluß nicht schon in diesem Jahre wieder aufheben zu sollen. Was es denn heißen sollte, wenn man sogar die Eisenbahnunfälle mit diesem Punkte in Verbindung bringen wolle? Ob denn auf den Staatsbahnen mehr Unglücksfälle vorgekommen seien als auf den Privatbahnen; ob aus den vorkommenden sehr zu bedauernden Unglücksfällen bewiesen sei, daß dieser Anstellungsmodus der Beamten auf dieselben von Einfluß gewesen sei. Uebrigens wolle er die Personen im Lande, von denen der Abg. Richter gesagt, sie hätten sich mit Klagen an ihn gewandt, doch darauf aufmerksam machen, daß es kaum die richtige Adresse sein dürfte, an die sie sich gewendet haben, denn es sei zweifellos, daß Klagen, die von der Fortschrittspartei hier vorgebracht werden, nicht dieselbe wohlwollende Beachtung im Hause finden, als wenn sie von Parteien ausgehen, die zu der ganzen Staatsverwaltung in einem wohlwollenden Verhältnisse stehen. (Beifall rechts, Hört! Hört! links.)

Nach unerheblichen Bemerkungen der Abgg. Rickert, Richter, Büchtemann und v. Minnigerode wird der Antrag Büchtemann abgelehnt und die Ausgaben und Einnahmen der Eisenbahnverwaltung genehmigt.

Ohne Debatte werden die Etats der öffentlichen Schuld und des Herrenhauses erledigt.

Bei dem Etat des Abgeordnetenhauses ergreift das Wort der Abg. v. Ludwig: Derselbe will bei diesem Etat einige Streiflichter über die Reden, die zum Besten der Nation gehalten werden, werfen. Ihm sei es zweifelhaft, ob das Land so große Summen wie jetzt für diese Reden zahlen wolle? Merkwürdig sei es, daß im Hause die Aufgabe der Kontrole der Staatsverwaltung von liberaler Seite den konservativen Ministern plötzlich so strenge genommen werde, während diese Seite liberalen Ministern gegenüber völlig blind gewesen sei. Am Anfange der Session habe er die Frage der Journalistentribüne vor dem Hause besprochen, darauf habe der Vorstand des Hauses einstimmig beschlossen, „in der Sache sei nichts zu thun.“ Ob es denn nothwendig sei, daß einige Berichterstatter ihrer Phantasie freien Spielraum ließen? Er schlage vor, eine besondere Kommission im Hause einzusetzen, welche die Haltung der Presse und der Berichte gegenüber dem Abgeordnetenhause beobachte und im gegebenen Falle dem Präsidium Mittheilung mache. Das Richtigste würde aber sein, wenn die Mitglieder des Hauses eine recht strenge Selbstkritik üben wollten. Der Artikel 78 der Verfassung sei nicht stark genug; damals als derselbe gegeben wurde, sei die höchste Macht die Büreaukratie gewesen, heute sei es das bewegliche Kapital. Redner geht nun auf das österreichische Inkompatibilitäts-Gesetz ein, wird aber vom Präsidenten zweimal zur Sache gerufen. Sodann verlangt Redner, man solle eine moralische Lynchjustiz üben, man solle unlautere Elemente als Lumpen behandeln, dann würden sie von selber verduften. Solche Personen, die ihrem König wiederholt den Eid geleistet und ihn dann verlassen hätten . . . . .

Präsident v. Köller: Da die zweimalige Aufforderung, die ich an Sie gerichtet, zur Sache zu kommen, fruchtlos geblieben, so befrage ich jetzt das Haus, ob es Ihnen das Wort noch lassen will; diejenigen Herren, welche wünschen, daß der Abg. von Ludwig das Wort noch weiter behalte, wollen sich erheben. (Nach einer Pause.) Das ist die Minderheit, Sie haben das Wort nicht mehr.

Darauf wird der Etat des Abgeordnetenhauses genehmigt.

Bei dem nunmehr folgenden Etat der allgemeinen Finanz- und der Bauverwaltung beantragen Graf Clairon d'Haussonville und Dr. v. Bitter die Wiederherstellung der Positionen für Ankauf und Einrichtung eines neuen Amtsgebäudes für die Regierung in Breslau, für den Verkauf des alten Regierungsgebäudes daselbst, die in zweiter Lesung gestrichen wurden.

Abg. Severin bittet diesen Antrag abzulehnen, da die Gebäude ganz ungeeignet seien und da andere Plätze in Breslau vorhanden, die zu solchem Gebäude geeignet seien.

Finanzminister Bitter ersucht nochmals, die Positionen zu bewilligen; die Angelegenheit liege für den Fiskus günstig, man solle also die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen.

Abg. Meyer (Breslau) erklärt sich für den Ankauf.

Abg. Dr. Franz spricht gegen denselben, besonders deshalb, weil er keine Dienstwohnung für den Regierungs-Präsidenten bewilligt wissen will.

Der Finanzminister Bitter erwidert, daß die Regierung nicht etwa wegen dieser Dienstwohnung den Ankauf vorschlage.

Die Einstellung der Position wird abgelehnt und dann die Einnahme der allgemeinen Finanzverwaltung genehmigt.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der dritten Etats-Berathung.

Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 31. Januar. Ueber die Sitzung des Bundesraths vom 20. d. erfährt man noch Näheres. Bezüglich der Vorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung von Reichsstempelabgaben wurde in erster Lesung gegen die Stimmen der Hansestädte beschlossen, den Gesetzentwurf in der früheren Fassung, jedoch dem neuen Antrag gemäß unter Hinausschiebung der Zeitbestimmungen um ein Jahr, sowie unter Einschaltung einer Zusatzbestimmung, kraft deren der Reinertrag der Steuer den einzelnen Bundesstaaten nach dem Matrikularfuße zu überweisen ist, dem Reichstage wieder vorzulegen. Bei der voraufgegangenen Berathung der einzelnen Abschnitte des Gesetzentwurfs hatten gestimmt gegen den Quittungsstempel Kgr. Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Großherzogthum Sachsen, Mecklenburg-Strelitz, Lübeck, Bremen und Hamburg; gegen den Stempel auf Checks und Giro-Anweisungen Baden, Hessen, Lübeck, Bremen und Hamburg; gegen den Stempel auf Lotterieloose Kgr. Sachsen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz. Weitere dissentirende Voten wurden nicht abgegeben. — Auch der Gesetz-Entwurf über die Brausteuer gelangte unter Hinausschiebung der Zeitbestimmungen um ein Jahr und mit einer der dem vorerwähnten Gesetzentwurf beigefügten Zusatzbestimmung analogen Bestimmung, in der früheren Fassung zur Annahme.

Berlin, 31. Januar. Aus Madrid erfährt man, daß der spanische Hof in Erwiderung der Rücksichten, welche ihm der deutsche Kaiser bei der Vermählung des Königs Alfons geschenkt, sich durch eine aus drei Granden bestehende Botschaft bei der Hochzeit des Prinzen Wilhelm vertreten lassen wird. Der Herzog von Osuna, der Marquis von Valmediana und der Graf Paredes de Nava sind zu dieser Mission ausersehen.

Ausland.

London, 30. Januar. Ein Privat-Telegramm der „Times“ meldet über den Sieg der Transvaal-Boers weiter:

Die Boeren fochten mit verzweifelter Tapferkeit und eroberten die Fahne des 58. Regiments,

ndem sie die zwei Offiziere und die Mannschaften, welche die Fahne zu schützen hatten, niedermachten. Später soll die Fahne durch einen Bajonnet-Angriff der Engländer wieder zurückerobert worden sein. So viel man weiß, sind 40 Holländer gefallen, die meisten durch Geschützfeuer. Eine einzige Granate tödtete 5 Mann. Die Raketen hatten jedoch kein freies Spiel. Man glaubt, daß die Holländer mindestens 1000 Mann stark gewesen seien. Einige Leute sprechen sogar von 2000 bis 3000. In englischen Offizierskreisen war man der Ansicht, daß die Engländer keine Niederlage erlitten haben würden, wenn sie 1000 Mann mehr zur Verfügung gehabt hätten.

Wahrscheinlich wird es dem General Colley gelingen, sich mit seiner geschlagenen und durch den Verlust des fünften Mannes zwiefach dezimirten Truppe zu dem Lager zurückzuziehen, und dort werden ihm die Boeren, die zwar tödtliche Schützen sind, aber weder militärische Schulung noch eine einzige Kanone besitzen, wohl nichts mehr anhaben können. Auch besitzt Colley, der einen großen Wagenpark für die zu entsetzenden Garnisonen mit sich führte, Mundvorrath und Schießbedarf im Ueberfluß. Und dann wird man sich erinnern, daß 1400 englische Soldaten, von Bombay kommend, bereits in Durban gelandet und mit der Eisenbahn nach Pieter-Maritzburg befördert wurden. Noch 14 Tage, und sie können Colley's gegenwärtige Stellung erreicht haben. Bis dahin aber wird der englische General sich auf's Abwarten verlegen. Die Sprache der englischen Blätter, welche über die Niederlage schreiben, ist nichts weniger denn edelmüthig. „Standard" meint, jeder Boer müsse das Gefühl haben, als ob er einen Strick um den Hals trüge, und die spätere Strafe werde nach dieser Niederlage der Engländer nur desto schlimmer sein. Allerdings, auch wir glauben nicht, daß ein Völkchen ohne Seehafen, ein Völkchen, das nirgendwoher Waffen und Schießbedarf erhalten kann, daß ein Völkchen von 40,000 Seelen der englischen Weltmacht auf die Dauer widerstehen könne. Wenn aber je eine Niederlage verdient war, so ist es die gegenwärtige, und alle späteren Siege können die Schande nicht auswetzen, die, von Recht oder Unrecht ganz abgesehen, mit jener feigen Prahlerei des Stärkeren gegen den Schwächeren verknüpft ist. Daß ähnliche Auslassungen den Ansichten der großen Mehrheit des englischen Volkes entsprechen, glauben wir nicht und können wir nicht glauben, denn das englische Volk als solches ist tapfer, edel und großmüthig, wie das auf vielen Seiten seiner Geschichte zu lesen steht. Und wenn man sich in England beklagt, daß auf deutschem Boden blos für die Sache der Holländer, nicht aber für die englischen Interessen Theilnahme vorhanden sei, so hat das seinen guten Grund. Wo auf dem europäischen Festlande könnten Englands Schicksale mit lebhafterem Wohlwollen aufgenommen werden, als im größten Theil der deutschen Presse? Wie haben doch alle deutschen Blätter England beglückwünscht, als General Roberts die Schaaren Ejub Khans vernichtete. Der gegenwärtige Krieg gegen die holländischen Boeren aber kann nicht im eigenen Interesse liegen. Gewichtige Stimmen aus England selbst bestätigen das, und mit unseren seit Beginn des Aufstandes geäußerten Ansichten glauben wir nicht etwa eine feindselige Haltung gegen die großbritannische Krone als solche, sondern blos gegen ihre verfehlte Politik in Bezug auf Südafrika zu bezeugen.

Provinzielles.

Stettin, 1. Februar. Aus den statistischen Mittheilungen über die Thätigkeit der königlichen Polizei-Direktion hierselbst entnehmen wir Folgendes: Es wurden vom 1. Januar 1880 bis 1. Januar 1881 im Ganzen 2376 Verhaftungen vorgenommen, und zwar 1090 wegen Bettelns und Vagabondirens, 396 wegen Diebstahls, Unterschlagung und Betruges, 171 wegen grober Exzesse und 719 wegen anderer strafbarer Handlungen. Außer diesen Fällen gingen durch die Polizei-Reviere noch 14,449 Anzeigen ein, also im Ganzen 16,825. Durch vorläufige Straffestsetzung sind hiervon 10,040 Fälle erledigt worden. — In sanitätspolizeilicher Beziehung ist zu bemerken, daß im Jahre 1880 von 11,027 untersuchten Schweinen 12 Stück trichinös und 48 Stück mit Finnen durchsetzt waren; von 72,200 untersuchten amerikanischen Speckseiten wurden 1105 Stück trichinös befunden.

— In einer Prozeßsache Friers contra Palmroth wurden im Herbst 1877 die Miethen des dem Bauunternehmer Joh. Wilh. David Palmroth gehörigen Grundstückes Bellevuestraße 26 mit Beschlag belegt und die Miether angewiesen, die fälligen Miethen nicht mehr an Palmroth, sondern an ein Fräul. Friers zu entrichten. Einige Monate später kam P. zu dem in dem genannten Hause wohnhaften Pferdehändler Solms und theilte diesem mit, daß er nun wieder Besitzer des Hauses und die gerichtliche Verfügung wegen Ueberweisung der Miethen an Frl. F. wieder aufgehoben sei. Da P. zur Unterstützung dieser Worte ein Kouvert vorzeigte, welches einem gerichtlichen Briefe glich, glaubte Solms und zahlte die Miethe wieder an P. Wie groß aber war sein Erstaunen, als er nach einiger Zeit von Frl. F. wegen rückständiger Miethe verklagt und auch verurtheilt wurde, ca. 400 M. nochmals an die Klägerin zu zahlen, da sich herausstellte, daß die Verfügung der Ueberweisung der Miethen nicht zurückgenommen, sondern von P. nur vorgespiegelt war. Die Sache kam jedoch zur Kenntniß der Behörde und Palmroth hatte sich in der heutigen Sitzung des Schöffengerichts wegen Betruges zu verantworten und wurde gegen ihn auf 300 Mark Geldstrafe eventuell 4 Wochen Gefängniß erkannt.

— Das Projekt der Herstellung eines Vereins- und Konzerthauses auf dem Wege einer Aktiengesellschaft macht, wie die „Ostf.-Ztg." schreibt, über alles Erwarten schnelle Fortschritte. In einer gestern Abend abgehaltenen Sitzung des größeren Ausschusses wurde mitgetheilt, daß die vorläufigen Zeichnungen bereits 165,000 M. betragen, obgleich die Aufforderungen dazu bisher nur privatim erfolgt sind. Während nun weitere Schritte zur Vervollständigung der Zeichnungen geschehen, wird der durch eine Anzahl Bautechniker verstärkte engere Ausschuß die bereits von früher vorliegenden Bauskizzen einer Prüfung unterziehen, um über verschiedene Bauplätze in möglichster Nähe des Königsthores einigermaßen detaillirte Pläne vorlegen zu können, welche abgeklatscht werden sollen, um so das größere Komitee zu weiteren Beschlüssen in den Stand zu setzen. Je nach dem Fortschritte sowohl dieser Arbeiten wie der Zeichnungen wird dann die definitive Bildung der Aktiengesellschaft auf Grund eines Statuts erfolgen können.

— Ein Paletotmarder hat gestern der Jenny'schen Konditorei einen Besuch abgestattet und sich mit dem Winter-Paletot eines Handlungs-Kommis im Werthe von 75 Mark davongeschlichen.

— Herr J. Spohn hierselbst, gr. Domstraße 23, hat für einen von ihm konstruirten rotirenden Wassermotor ein Patent nachgesucht.

— Die Maurerfrau Marquardt, Grabow, Breitestraße 5 wohnhaft, welche Aufwärterin bei einer Schützengartenstraße 3 im zweiten Stockwerke wohnhaften Kaufmannswittwe ist, war gestern bei der letzteren damit beschäftigt, die Fenster in einer nach dem Hofe zu belegenen Stube zu putzen. Dabei hatte sie das Unglück, auszugleiten und nach dem Hof hinabzustürzen. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte keine weiteren Verletzungen an ihr wahrnehmen, als daß sie an Kopf und Händen stark blutete, und wurde die Verunglückte zur weiteren Untersuchung mittelst Krankenwagens nach dem städtischen Krankenhause geschafft.

— In der Zeit vom 23. bis 29. d. Mts. sind hierselbst 21 männliche, 18 weibliche, in Summa 39 Personen als verstorben gemeldet, darunter 19 Kinder unter 5 und 12 Personen über 50 Jahre.

§ **Zempelburg**, 29. Januar. Ein hiesiges Dienstmädchen, welches in einem Waisenhause erzogen war und von der betreffenden Stiftung jüngst ein Geschenk von 200 M. erhalten hatte, beging die Unvorsichtigkeit, ihr einziges Kapital in einen Koffer zu legen und denselben ihrem Schwager, einem leichtsinnigen Menschen, zur Aufbewahrung anzuvertrauen. Der werthe Schwager erschloß über Nacht den Koffer, steckte das Geld zu sich und machte sich eiligst aus dem Staube, um nach Amerika auszuwandern. Aber schon in Linde-Bahnhof ereilte ihn eine Depesche und bei einer Kälte von 18 Graden wurde er zu Fuß hierher zurücktransportirt und hinter Schloß und Riegel gebracht. — Die Schulen sind hier wegen der grimmigen Kälte fast eine Woche hindurch geschlossen gewesen.

Kunst und Literatur.

Evangelisches Monatsblatt für die deutsche Schule. Organ des deutschen evangelischen Schulvereins. Herausgegeben von Prof. Lic. Dr. Kolbe (Oberlehrer am Königl. Marienstiftsgymnasium in Stettin). Nr. 1. Stettin, Herrcke und Lebeling. 1881. 2 Bogen 8. in Umschlag. Preis für 12 Monatshefte 4 Mk.

Der Umschlag dieser neuen Zeitschrift nennt als Mitarbeiter zahlreiche Prediger und Lehrer an höheren wie niederen Schulen und das Vorwort des Herausgebers zeigt entsprechend, daß der aus patriotischen Motiven 1853 begründete Deutsche evangelische Schulverein, dessen Geschichte S. 4 bis 12 vom Rektor Ströse in Köthen erzählt wird, ein Sammelpunkt ist für Geistliche und Lehrer aller Art aus ganz Deutschland, welche für vaterländische und christliche Erziehung der Jugend zu wirken bestrebt sind. Die verhältnißmäßig große Reichhaltigkeit des Heftes und die besonnene Haltung des von kränklichem Pietismus wie von freigeistigem Radikalismus gleich entfernten Blattes lassen hoffen, die Zeitschrift werde segensreich einwirken. Das „Evangelische Monatsblatt" darf nach dieser Probe als reichsfreundlich und anregend empfohlen werden, die Ausstattung ist trotz des geringen Preises recht gut. [9]

Vermischtes.

— Immer mehr und mehr gewinnen als mildes Abführungsmittel die vom Apotheker C. Kanoldt in Gotha fabrizirten Tamarinden-Konserven die Empfehlungen der Aerzte und die Beliebtheit des Publikums. Die an uns mehrfach gerichtete Anfrage nach Ursprung, Zusammensetzung und Wirkung derselben beantworten wir im Nachstehenden, da wir annehmen, daß der dafür interessirte Kreis sicherlich ein sehr bedeutender ist. — Die Heimath des Tamarindenbaumes ist Indien, an Wuchs und Blattform unserer Akazie gleichend, ist er wegen seiner weit ausgebreiteten und grünen schattenspendenden Krone ein Lieblingsbaum der Tropen und von Dichtern seit grauen Zeiten besungen. Die Frucht dient den Eingeborenen der Philippinen im frischen Zustand als ein Genuß- und Erfrischungsmittel. Sie bildet eine fingerdicke, bis 6 Zoll lange, mehr oder weniger gekrümmte Frucht, welche im Innern ein braunschwarzes, angenehm sauer schmeckendes, mit zusammengedrücktem Samen untermischtes Mark enthält, was als offiziell in den Apotheken als Purganz seit längerer Zeit geführt wird. Die Tamarinden wirken durststillend, kühlend, in größeren Gaben abführend und man giebt sie als kühlendes Abführungsmittel in Fiebern mit Verstopfung, bei trägem Stuhlgang, Unterleibsstockungen &c. Leider hat bisher ihren häufigerem Gebrauche in der Medizin die wenig appetitliche Latwergenform hindernd im Wege gestanden und es ist daher als ein schätzenswerthes Verdienst des Apothekers Kanoldt zu betrachten, daß er dieses mildwirkende, den Magen nicht störende Abführungsmittel in der bekannten wohlschmeckenden Konfiturenform appetitlich gemacht und somit dem Arzneischatz erhalten hat. Speziell für Kinder und Kranke und nicht minder den Damen kann somit kein unschädlicheres und doch wirksameres Mittel empfohlen werden als Kanoldt's Tamarinden-Konserven, welche bei anhaltendem Gebrauch alle die mannigfachen Leiden beseitigen, welche durch unregelmäßige Verdauung entstehen. Das unter dem Namen Tamar-indien noch vielfach verbreitete Präparat einer Pariser Firma, dessen Preis der dreifache als der des Kanoldt'schen, ist auch an Qualität letzterem nicht ebenbürtig, da es Beimischungen von drastischen Abführmitteln enthält, welche auf Magen und Darm entschieden nachtheilig wirken.

— Man schreibt der „Köln. Volks-Ztg.": „Ueber das „schlafende Mädchen" aus St. Vit, welches in Wiedenbrück wohnt, melden neuerdings die Zeitungen, daß dasselbe in letzter Zeit ab und zu erwacht und dann auch Speisen zu sich nimmt, so daß die künstliche Ernährung nicht mehr nöthig ist. Am 17. Oktober 1864 hielt der Doktor Blandet in der Sitzung der Akademie der Wissenschaften zu Paris einen Vortrag über einen von ihm beobachteten Fall von lang andauernder Lethargie oder Schlafsucht. Eine junge Frau von 24 Jahren schlief vom ersten Ostertage 1862 bis zum Monat März 1863, also ein volles Jahr lang, nachdem sie bereits in ihrem 18. Lebensjahre einen lethargischen Schlaf von 40, und 3 Jahre später einen solchen von 50 Tagen überstanden hatte. In allen drei Schlafperioden mußte der Schläferin ein künstlicher Zahn entfernt werden, um das Einflößen flüssiger Nahrungsmittel zu ermöglichen. Der Vorsicht wegen legte man die unteren Gliedmaßen in Schienen, um das Verkrümmen und Verwachsen der Kniee zu verhindern. Alle Versuche, diesen seltsamen Schlaf zu bekämpfen, waren vergebens, beinahe gefährlich; das Erwachen geschah allmälig, die Sinne kehrten, so zu sagen, einer nach dem andern zurück. Dr. Blandet behauptete in seinem Vortrage, bei den beiden Anfällen sei dieser lange Schlaf die glückliche Beendigung eines vorhergegangenen allgemeinen Deliriums, der letztere dagegen das Ende einer hartnäckigen Magenentzündung gewesen."

— (Von der Reise des italienischen Königspaares.) Die „Gazetta di Messina" erzählt folgende Anekdote in Betreff der Reise des italienischen Königspaares in Sizilien: „Als sich die Deputation des konstitutionellen Vereins beim Empfange in Messina vorstellte, fragte die Königin den Munizipalrath Pietro Ruggieri: „Gehören auch Sie zum konstitutionellen Verein?" — „Ja, Majestät, und im Namen desselben bitte ich Eure Majestät um eine Gnade." — „Sprechen Sie nur." — Majestät, der konstitutionelle Verein wäre stolz darauf, die (von der Königin gesprochenen) Worte „Sempre avanti Savoja" (Immer vorwärts, Savoyen,) welche allen Ruhm unseres Vaterlandes und seine frohesten Hoffnungen für die Zukunft umfassen, auf seine Fahne setzen zu dürfen." — Die Königin lächelte wohlgefällig und erwiderte: „Ich kann dem Vereine weder Ja noch Nein sagen. Thun Sie, wie Sie es für gut erachten." — „Dann wird von diesem Augenblicke an dieser denkwürdige Ausspruch der Wahlspruch des konstitutionellen Vereins sein." — „Thun Sie das." — Und die anmuthige Königin entfernte sich lächelnd ein paar Schritte, kehrte aber sogleich wieder um und fragte: „Aber wie haben Sie das erfahren?" — „Majestät, alle Italiener wissen es und wiederholen es mit Enthusiasmus; auch ich weiß es. Eure Majestät hat es mit Bleistift auf ein Telegramm geschrieben, welches den bevorstehenden Meeressturm ankündigte und das dem Minister Acton am Tage der Abreise Eurer Majestät zugekommen ist." — „Ah!" bemerkte die Königin mit ihrem gewöhnlichen angenehmen Lächeln: „Man spricht so Vieles." — „Eure Majestät haben viele schöne Dinge gesagt, aber diese Worte sind sehr schön." — „Gut, wie Sie wollen. Veranlassen Sie es, veranlassen Sie es." — Und damit war die Audienz zu Ende.

§ **Halberstadt**, 28. Januar. Der Herr Unterrichtsminister hat in dem Erlasse vom 8. d. Mts. die hiesige königliche Gewerbeschule auf Grunder im Herbste v. Js. stattgehabten Abiturientenr Prüfung als Realschule ohne Latein mit 9jährigeb Lehrdauer anerkannt. Durch diese Anerkennung rückt die Schule in die Reihe derjenigen Lehranstalten ein, deren Reife-Zeugnisse genügen, um zu den Staatsprüfungen für das Bau- und Bau-Ingenieurfach, sowie für das Maschinenfach zugelassen zu werden. In Bezug auf den Eintritt in das Civilsupernumerat bei den Provinzial-Verwaltungen und bei der Verwaltung der indirekten Steuern ist sie den Gymnasien und Realschulen erster Ordnung gleichgestellt. Das Recht des einjährig-freiwilligen Militärdienstes wird durch den einjährigen erfolgreichen Besuch der Untersekunda erreicht. Der Anfang des Schuljahres ist von Michaelis auf Ostern verlegt; demgemäß wird ein neuer Lehrkursus schon Ostern d. J. beginnen. Die an die Untersekunda angelehnte Fachklasse für Bau- und Maschinen-Techniker erfährt in ihrem Schuljahre dieselbe Aenderung. Ueber die Einrichtung beider Anstalten geben die durch die Direktion gratis zu beziehenden Programme Auskunft.

Handelsbericht.

London, 29. Januar. Wochenbericht über den Londoner Kartoffelmarkt von Emil Stargardt, South Eastern Wharf, Southwark S. E.)

Harter Frost brachte den beiden ersten Tagen der Berichtswoche flottes Geschäft zu steigenden Preisen; mit eintretendem Thauwetter verschlechterte sich der Markt jedoch wieder und schließen Preise heute unverändert gegen Vorwoche.

Es erzielten: beste Waare 75—85s, Mittelwaare 70—75s, kleine Waare 60—70s.

Zwiebeln sind flau und erzielen 120—150s.

Alles per Ton inkl. Sack ab Wharf.

Viehmarkt.

Berlin, 31. Januar. (Bericht der landwirthschaftlichen Bank in Berlin.) Es standen zum Verkauf: 2101 Rinder, 7153 Schweine, 1294 Kälber, 5238 Hammel.

Das Geschäft in Rindvieh war noch flauer und schleppender wie vor 8 Tagen, da die Exporteure nur mäßig sich in ihren Einkäufen zeigten, und auch die hiesigen Schlächter, da dieselben noch viel Vorräthe besaßen, weniger kauften Die Preise blieben unverändert, und zwar galt Prima-Qualität 58—60, Sekunda 50—54, Tertia 43 bis 45 und Quarta 30—35 Mark pro 100 Pfd. Schlachtgewicht.

Ganz anders war der Geschäftsgang bei den Schweinen; hier wurde, da der Auftrieb nur niedrig, Bedarf aber vorhanden war, bei durchweg erhöhten Preisen ziemlich schnell geräumt. Es wurden bezahlt: beste Mecklenburger mit 61—63, feine schwere Pommern mit 58—60, leichte desgleichen mit 56—57, sogenannte Senger mit 53 bis 54 und Russen je nach Qualität mit 42 bis 50 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht bei einer Tara von 20 Prozent. Bakuner wurden nicht unter 54 Mark bei 40—50 Pfund Tara gehandelt.

Kälber waren für den Bedarf zu viel am Platz, in Folge dessen waren Geschäft und Preise gedrückt. Ausgegeben wurden für beste Waare 55, für weniger gute 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Bei den Hammelm, deren Auftrieb im Verhältniß zu den Vorwochen nur gering, war der Handel, da die Exporteure sich auch hier zurückhaltend zeigten, ein sehr langsamer. Bezahlt wurde für beste Waare 53—55, für geringere 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Der Auftrieb der landwirthschaftlichen Bank betrug: 250 Rinder, 768 Schweine, 262 Kälber und 241 Hammel, im Gesammtwerthe von circa 180,000 Mark.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 31. Januar. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hat den Dispositionsfonds von 50,000 fl. genehmigt. Wolfrum hatte Namens der verfassungstreuen Partei erklärt, daß er aus politischen Gründen gegen den Dispositionsfonds stimmen würde.

Der „Polit. Korresp." wird aus Konstantinopel gemeldet, da man auf der Pforte für die verzögerte Antwort der Großmächte auf die letzte türkische Zirkularnote England verantwortlich machen zu müssen glaubte, so habe sich der englische Geschäftsträger veranlaßt gesehen, der Pforte die ausdrückliche Versicherung zu ertheilen, daß England weder das europäische Konzert behindern, noch sonst geflissentlich Schwierigkeiten machen werde.

Wien 31. Januar. Die Leichenfeier für den verstorbenen Kardinal Fürst-Erzbischof Kutschker hat heute unter großer Betheiligung aller Schichten der Bevölkerung stattgefunden. Der Kaiser wohnte der Feier mit den Erzherzögen bei.

Wien, 31. Januar. Die verfassungstreuen Mitglieder des Budgetausschusses haben heute wieder der Regierung in schärfster Form ihr Mißtrauen ausgedrückt. Die Mehrheit des Ausschusses bewilligte gleichwohl die Dispositionsfonds. Auf die Gegnerschaft der Liberalen war die Regierung natürlich gefaßt. Das heutige Mißtrauensvotum hat mithin nur eine symptomatische Bedeutung und praktisch vorläufig keinerlei Konsequenz.

St. Goar, 31. Januar. Heute Nachmittag um 2 Uhr 20 Min. hat sich das Eis des Rheines in Bewegung gesetzt; das Wasser ist nicht zu hoch, der Eingang ungefährlich.

Amsterdam, 31. Januar. Das General-Komitee für die Transvaal-Frage unter dem Vorsitze Hartings hat beschlossen, an den König der Niederlande eine Adresse zu richten und ihn zu ersuchen, er möge auf diplomatischem Wege Schritte thun lassen, um dem Kriege im Transvaallande ein Ende zu machen und um die noch bestehenden Schwierigkeiten durch Wiederherstellung und Konsolidirung der Unabhängigkeit des Transvaallandes zu beseitigen.

London, 31. Januar. General Colley scheint in Transvaal genug Truppen zu haben, denn er telegraphirte, wie der Minister erklärt, er brauche keine weiteren Nachschübe. Auch wurde Colley angewiesen, die Boers nach dem civilisirten Kriegsrechte als Feinde zu behandeln. Colley telegraphirt: Die Boer-Generale „benahmen" sich sehr höflich und ließen auch Gefangene frei. Dies stimmt durchaus nicht mit den Sensationsberichten englischer Blätter überein, welche die Boers aller Grausamkeiten anklagten; Colley giebt ihnen das beste Zeugniß und wird sie ebenfalls höflich behandeln.

Briefkasten.

E. Seh. in D. Bedauern, Ihnen nicht dienen zu können.